



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann, Gabriele Triebel, Jürgen Mistol, Ludwig Hartmann** und Fraktion (**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**)

Schutzkonzept für Orte jüdischen Lebens und Blaulichteinsatzkräfte in der Silvesternacht

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert für die Silvesternacht 2023/2024 ein Schutzkonzept zu erarbeiten, in dem insbesondere die folgenden Punkte erfasst sind:

1. Information für alle bayerischen Kommunen über die Möglichkeiten der Einrichtung von lokalen Feuerwerksverbotszonen auf der Grundlage der Ersten Verordnung zum Sprengstoffgesetz (1. SprengV) und dem Landesstraf- und Ordnungsgesetz (LStVG), um insbesondere die Sicherheit von Synagogen und weiterer Orte jüdischen Lebens in Bayern zu gewährleisten
2. Stärkung der Sicherheit von Rettungskräften und Polizeieinsatzkräften in der Silvesternacht durch eine Informationskampagne der Staatsregierung
3. Konsequente Erfassung aller Deliktszahlen in der Silvesternacht und die Veröffentlichung eines „Lagebildes Silvestergewalt“

Begründung:

In der vergangenen Silvesternacht ist die Synagoge in Ermreuth Ziel eines antisemitischen Anschlags geworden. Ein 22-Jähriger Rechtsextremist hatte versucht, das jüdische Gotteshaus mit einem Feuerwerk in Brand zu stecken. Nur durch Glück wurde Schlimmeres verhindert. Im November ist dieselbe Synagoge Ziel einer Bombendrohung mit Hamas-Bezug geworden.

Vor dem Hintergrund des Terrorangriffs der Hamas auf Israel steht zu befürchten, dass sich die Sicherheitslage insbesondere von Einrichtungen jüdischen Lebens verschlechtert hat. Seit dem terroristischen Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober hat die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Bayern bis zum 9. November 148 antisemitische Vorfälle im Freistaat dokumentiert. 91 Prozent der dokumentierten Vorfälle stünden im Bezug zum Massaker der Hamas und der daraus folgenden israelischen Militäroperation in Gaza, hieß es weiter. 79 Prozent seien dem israelbezogenen Antisemitismus zuzuordnen. Die Leiterin von RIAS Bayern, Anette Seidel-Arpaci, sagte: „148 antisemitische Vorfälle in einem Monat seit dem Hamas-Massaker sind eine ungekannte Explosion von Antisemitismus seit dem Bestehen von RIAS Bayern! Viele Jüdinnen und Juden fühlten sich in ihrer Heimat nicht mehr sicher.“

Vor diesem Hintergrund setzt sich der Landtag dafür ein, alle Einrichtungen jüdischen Lebens in Bayern insbesondere in der Silvesternacht wegen der besonderen Gefahrenlage unter erhöhten Schutz zu stellen. Deshalb fordern wir die Staatsregierung auf, die Silvesternacht besonders in den Blick zu nehmen und die Sicherheit für Orte jüdischen

Lebens in Bayern sicherzustellen. Hierfür sollen die Kommunen über alle Möglichkeiten der Errichtung von lokal begrenzten Feuerwerksverbotszonen informiert werden.

Der Landtag verurteilt Angriffe auf Rettungskräfte, Feuerwehreinsatzkräfte und Polizistinnen und Polizisten, die leider jedes Jahr in der Silvesternacht zu beklagen sind auf das Schärfste. Die Silvesternacht bedeutet für alle Blaulichtorganisationen eine erhebliche Belastungsprobe. Wir verdanken ihnen, dass die Menschen in Bayern friedlich und sicher ins neue Jahr starten können. Die Staatsregierung soll die Bevölkerung sensibilisieren, dass es sich bei Angriffen auf Angehörige von Blaulichtorganisationen – auch in alkoholisiertem Zustand – nicht um ein Bagatelldelikt handelt.

Um langfristige Präventionsmaßnahmen entwickeln zu können, fordern wir die Staatsregierung zudem auf, alle Delikte der Silvesternacht in einem „Lagebild Silvestergewalt“ zu erfassen.